

Winter 1944/45

# Die Intensivierung der „Euthanasie“ an kranken OstarbeiterInnen



Während des Zweiten Weltkriegs deportierten die Nazis über zehn Millionen ausländische Frauen und Männer aus ganz Europa nach Deutschland. Zum Teil waren es Kriegsgefangene, zum Teil Zivilisten, die für die deutsche Kriegswirtschaft Zwangsarbeit leisten mussten. Ende 1944 waren noch etwa 7,5 Millionen in Deutschland. Darunter befanden sich rund 2,2 Millionen russische und 1,65 Millionen polnische Zivilisten, die so genannten Ostarbeiter. Wer davon krank und arbeitsunfähig wurde, wurde zurückgeschickt. Das geschah nicht aus humanitären Gründen. Zumeist hatten sich die Betroffenen mit ansteckenden Krankheiten wie Tuberkulose infiziert, so dass die Machthaber Seuchen unter den Zwangsarbeitern und der deutschen Bevölkerung fürchteten. Die Deportation diente daher allein der Aufrechterhaltung der Ordnung und des Zwangsarbeitersystems. Dazu kamen die Kranken in so genannte Rückkehrrückkehrsammlager, in denen sie nur unzureichend ernährt und medizinisch nicht versorgt wurden. Viele starben schon dort. Die Noch-Lebenden schickte man in größeren Transporten in wahrscheinlich monatlich eingesetzten Sonderzügen gen Osten. Der Krankenstand war

hoch – zum Beispiel wurden im Oktober 1942 innerhalb von zwei Wochen 7.715 arbeitsunfähige Ostarbeiter in sechs Sonderzügen deportiert.

Allerdings gab es angesichts des Vormarsches der Roten Armee im Verlauf des Krieges immer weniger Gebiete unter deutscher Kontrolle, in die man die Kranken abschieben konnte. Eine Einweisung in normale Krankenhäuser schlossen die Machthaber ebenfalls aus. Um die Kranken im wahrsten Sinne des Wortes loszuwerden, organisierte man ihre Ermordung. Schon Ende 1942 hatte sich die „Euthanasie“-Zentrale in die Rückführung der Betroffenen eingeschaltet. Seit Ende September des Jahres war die Gemeinnützige Krankentransport GmbH mit den Deportationen beauftragt. Sie hatte schon 1940/41 beim Transport der Kranken und Behinderten in die Vergasungsanlagen eine üble Rolle gespielt.

Im Frühjahr 1943 konzentrierte sich die Rückführung auf das Reichssicherheitshauptamt (Gestapo) mit eigenen Sonderlagern. Arbeitsunfähige Zwangsarbeiter sollten von den Arbeitsämtern an das Reichssicherheitshauptamt gemeldet werden, das wiederum mit der „Euthanasie“-Zentrale Kontakt zur Deportationsdurchführung aufnahm.

All das befriedigte die NS-Mörder nicht. Die „Euthanasie“-Zentrale bestimmte wohl eine Reihe von

Heil- und Pflegeanstalten als Sammelleinrichtungen, angeblich zur Genesung der ZwangsarbeiterInnen. Im Regelfall ging es aber um deren Tötung. Offiziell wurde das Verfahren mit den Sammelleinrichtungen erst mit einem Erlass des Reichsinnenministeriums vom 6. September 1944. Die Begründung und wichtigste Neuerung des veränderten Verfahrens beschrieb Hans-Joachim Becker, der Leiter der Zentralverrechnungsstelle in der „Euthanasie“-Zentrale so:

„Die bisherige Erfassung der geisteskranken Ostarbeiter und Polen durch die Arbeitseinsatzbehörden war nicht sehr zweckmäßig. Durch den Ministerialerlass vom 6.9.1944 ist dieser Fragenkreis nun neu geregelt und in der Durchführung mir übertragen worden.“

Die Verfügung vereinfachte somit den Verwaltungsweg von der Erfassung der Kranken bis zu ihrer Ermordung. Zwar wurde in den Bestimmungen immer von „geisteskranken“ arbeitsunfähigen Ostarbeitern gesprochen. Das trifft den Sachverhalt aber nicht vollständig. Es mochte sicher eine Anzahl davon gegeben haben, das Gros der Arbeitsunfähigen litt aber an körperlichen Krankheiten. Die harten Arbeitsbedingungen und die erbärmliche Ernährungssituation ließ kaum anderes erwarten.

Zwölf Einrichtungen sollten die Kranken aufnehmen. Als Aufnahmeweck bestimmte der Erlass „in jedem Falle eine möglichst rasche Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit“. Wer nicht innerhalb von sechs Wochen aus der Anstalt entlassen werden und wieder arbeiten konnte, gehörte zum Kreis der „Unheilbaren“, der der Erfüllung

des „Euthanasie“-Auftrages zum Opfer fiel. In diesen Fällen folgte die Deportation in eines der berühmtesten „Euthanasie“-Zentren. Eine solche Weiterverlegung unterblieb dann, wenn die im Erlass bezeichnete Sammelanstalt bereits eine Mordanstalt war. Dazu gehörte die hessische Anstalt Hadamar, die bereits während der Erwachsenen-„Euthanasie“ 1941 eine Rolle gespielt hatte. Dort wurden die Ostarbeiter kurz nach ihrer Ankunft mit Spritzen getötet. Bei ihrem Eintreffen rief der Pförtner sofort den Verwaltungsdirektor Alfons Klein an und teilte ihm mit: „Die Russen sind da.“ Eine Frau aus Hadamar berichtete nach Kriegsende über die Ankunft der „Russen“ dort:

„Die armen Ausländer kamen meist um 4 Uhr oder 6 Uhr mittags an. Oft brachte auch ein Ortsgruppenleiter in Uniform die armen Menschen in das Totenhaus. Ich wurde, weil mein Garten an dem Weg liegt, oft nach dem Sammellager gefragt. Dort wollten sie erholen.“

Wie bei anderen Selektionsmaßnahmen täuschte man auch hier die Opfer über den tatsächlichen Sachverhalt hinweg. Er bestand in der Tötung der „Unbrauchbaren“ – und das buchstäblich bis zum Schluss. Bereits im Oktober 1944 gingen vom Reichsinnenministerium Regelungen aus, die die Unterbringung kranker nichtarbeitsfähiger Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen in Einrichtungen „einfachster Art“ in den Ländern und Gauen vorsah. Das bedeutete letztlich das Aushungern und Sterbenlassen in Verantwortung der regionalen Machthaber. Diese dezentrale Tötung wurde weiterbetrieben, als in den Zentren wie Hadamar kriegsbedingt der Zwangsarbeitermord eingestellt werden musste.

VOLKER VAN DER LOCHT, ESSEN

## Wanderausstellung

# erfasst, verfolgt, vernichtet.

## Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus

Bis zu 400.000 Menschen wurden zwischen 1933 und 1945 zwangssterilisiert, mehr als 200.000 wurden ermordet. Bei der Selektion der Patienten wurde der vermeintliche „Wert“ des Menschen zum leitenden Gesichtspunkt. Ärzte, Pfleger und Funktionäre urteilten nach Maßgabe von „Heilbarkeit“, „Bildungsfähigkeit“ oder „Arbeitsfähigkeit“ über die ihnen Anvertrauten. Dabei fand die Ausgrenzung, Verfolgung und Vernichtung auffälliger, störender und kranker Menschen innerhalb des damaligen Anstalts- und Krankenhauswesens statt.

Die Wanderausstellung richtet sich gezielt an ein breites Publikum: Sie nimmt die Frage nach dem Wert des Lebens als Leitlinie und beschäftigt sich mit den gedanklichen und institutionellen Voraussetzungen der Morde, sie fasst das Geschehen von Ausgrenzung und Zwangssterilisationen bis hin zur Massenvernichtung zusammen, beschäftigt sich mit exemplarischen Opfern, Tätern, Tatbeteiligten und Opponenten und fragt schließlich nach der Auseinandersetzung mit dem Geschehen von 1945 bis heute. Exemplarische Biografien ziehen sich durch die gesamte Ausstellung: In den Akten der Opfer werden die vielen verschiedenen Akteure fassbar, die an den Verbrechen beteiligt waren. Ihren Blicken auf Patienten werden deren eigene Äußerungen gegenübergestellt.

Die Ausstellung wurde von der Deut-



### Irmgard Heiss

Irmgard Heiss, geboren 1897 in Münster, Hausfrau, stirbt 1944 an den Folgen des jahrelangen Aufenthaltes in der Hungeranstalt Weilmünster im Lindenhaus/Lemgo. Quelle: Familienarchiv Stellbrink

schen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) in Kooperation mit den Stiftungen Denkmal für die ermordeten Juden Europas und Topographie des Terrors konzipiert. Unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten Joachim Gauck fand die Eröffnung am 27. Januar 2015 im Deutschen Bundestag statt. Sie wird – vom Landschaftsverband Rheinland als Leihnehmer – nach Köln geholt.

**Eröffnung: 16. April 2015**

**Dauer: 16. April - 18. Juni 2015**

**Ort: Landschaftsverband Rheinland, Landeshaus (Nordfoyer), Kennedy-Ufer 2, 50679 Köln-Deutz**

VOLKER VAN DER LOCHT, ESSEN

### Ausstellungskatalog

erfasst, verfolgt, vernichtet.  
Kranke und behinderte Menschen  
im Nationalsozialismus  
Springer Verlag Heidelberg  
ISBN 978-3-642-54027-1  
Preis: 19,99 Euro

### Katalog in leichter Sprache

ISBN 978-3-9816453-0-9  
Erhältlich für 5,00 Euro (inkl. MwSt.) und zuzüglich Porto.  
Bei Interesse schreiben Sie eine Email an: sekretariat@dgpnp.de